

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pabn d

Inhalt

41. Jahrgang / 73

17. April 1986

Rudolf Dreßler MdB zum Abschluß der DGB-Befragung zum AFG 116: Arbeitnehmer ließen sich nicht einschüchtern.

Seite 1

Peter Conradi MdB und Otto Reschke MdB werfen der Bundesregierung vor, ein neues Baugesetzbuch einfach durchpeitschen zu wollen: Anhörung nur pro forma?

Seite 3

Dr. Dietrich Sperling MdB konfrontiert den Verkehrsstaatssekretär Schulte mit früheren Äußerungen zum öffentlichen Personennahverkehr: Was schert mich mein Geschwätz von gestern?

Seite 5

Dokumentation
Das bayerische SPD-Präsidium hat den Baustopp für die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und ein Verbot des Einsatzes von CS-Gas gefordert. Wortlaut der Entschliesung

Seite 6

Arbeitnehmer ließen sich nicht einschüchtern

Bei der DGB-Befragung zum AFG 116 nahmen die Kolleginnen und Kollegen eindeutig und selbstbewußt Stellung

Von Rudolf Dreßler MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben sich weder durch Beschimpfungen, Diffamierungen und nicht einmal durch offene Pressionen in den Unternehmen davon abhalten lassen, ihre Meinung zur Änderung des Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes zu sagen.

Die Ergebnisse der Arbeitnehmerbefragung des DGB zur Änderung des Paragraphen 116 sind eindeutig: Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben sich durch die Propaganda der Bundesregierung und der Arbeitgeberverbände, durch die Büttreden des Bundesarbeitsministers ihren klaren Blick für die Absichten der Bundesregierung nicht verstellen lassen. Der neue Paragraph 116 des Arbeitsförderungsgesetzes ist ein Angriff auf die Streikfähigkeit der Gewerkschaften, ein tiefer Eingriff in den Versicherungsschutz der Arbeitslosenversicherung. Und er ist und bleibt ein Angriff auf die soziale Stabilität der Bundesrepublik Deutschland.

Entlarvend sind die maßlosen Beschimpfungen, zu denen sich einmal mehr die Regierungskoalition und die Arbeitgeberverbände hinreißen ließen. Wer selbst in einem fragwürdigen Verfahren ein Gesetz durch den Deutschen Bundestag peitscht gegen das schwere verfassungsrechtliche Bedenken erhoben werden, der sollte wirklich nicht die Gegenwehr der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften als undemokratisch oder noch schlimmer brandmarken wollen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mü. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebspartner
mit vereinigter Verantwortung
Kreuzverlag/Epur



Welches merkwürdige Verständnis von Meinungsfreiheit haben diese Herren eigentlich: Bundesregierung und Arbeitgeberverbände überziehen das Land mit Anzeigen und Plakaten, tönen aus jeder Zeitung und jedem Radio, für hunderttausende DM aus Steuergeldern wird permanent eine manchmal mehr als zweifelhafte „Meinungsforschung“ betrieben: Aber die Gewerkschaften, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen sich jeder nachdrücklichen Meinungsäußerung enthalten.

Wir begrüßen es, wenn sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wenn sich die Betriebsräte auch durch offenen Druck der Arbeitgeber in etlichen Betrieben nicht ihr Recht auf freie Meinungsäußerung nehmen lassen!

Die jetzt folgenden Tiraden gegen die Gewerkschaften, die immer aufs neue, besonders von Blüm erhobene Einschätzung daß mehrere Millionen Arbeitnehmer sich verdummen lassen würden, wird auf ihn selber zurückschlagen. Denn wer die Wählerinnen und Wähler für so dumm hält, der entlarvt sich nicht nur selber: Er wird auch wenig Neigung wecken, den Schlachter auch noch zu wählen, der die dummen Schafe zur Schlachtbank führt.

Für uns jedenfalls sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer etwas anderes: mündige Bürger, die sich ihr Recht auf freie Meinungsäußerung und auf die Verteidigung der Arbeitnehmerrechte mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln nicht abhandeln lassen!

(-/17.4.1986/rs/ks)

* * *



Eine Anhörung nur pro forma?

Die CDU will den Regierungsentwurf für ein Baugesetzbuch einfach durchpeitschen

Von Peter Conradi MdB und Otto Reschke MdB

Dieser Tage fand eine Mammutanhörung statt, die bisher in der parlamentarischen Praxis ihresgleichen sucht. 59 Verbände, Baufachleute und Wissenschaftler hatten in über 1.000 Seiten zum Gesetzentwurf der Bundesregierung Stellung genommen. Einhellig war die Meinung der Experten, daß die Beratungen über ein neues Baugesetzbuch Ruhe und Zeit benötigen. Der großen Mühe der Verbände, Fachleute und Wissenschaftler, die sie sich mit dieser Anhörung und der Beurteilung der Gesetzesmaterie gemacht haben, ist die Anhörung nicht gerecht geworden. Die Ratschläge der Praktiker und Experten konnten nur in Kurzform und unter Zeitnot von den Parlamentariern hinterfragt werden.

Die Vorschläge werden für die qualitative Gesetzesverbesserung kaum etwas bringen - aus Zeitnot. Die CDU will den Regierungsentwurf einfach durchpeitschen.

Nur einen Beratungstag erbrachte die Anhörung für die Parlamentarier, die innerhalb von wenigen Tagen über 1.000 Seiten Stellungnahmen vor der Anhörung am 14. April 1986 zu durchforsten hatten. Im Gegensatz dazu nahm sich die Bundesregierung drei Jahre Zeit zur Vorbereitung und eine ganze Woche für eine regierungsinterne Anhörung. Der Eindruck entsteht, daß die Anhörung nur pro forma durchgeführt worden ist.

Die Kritik der Verbände, Baufachleute und Wissenschaftler war eindeutig:

- Die Fortführung der finanziellen Beteiligung des Bundes bei der Städtebauförderung ist ungelöst. Ab 1988 will der Bund sich aus der Finanzierung zurückziehen.
- Der Rückzug des Bundes aus der finanziellen Mitverantwortung für den Zustand unserer Städte und Gemeinden wird verbunden mit der Möglichkeit, unterschiedliche Regelungen von Rechten und Pflichten beim Bauen auf Länderebene zuzulassen; ein Rückfall in die Kleinstaaterei.

- Der direkte Zusammenhang zwischen Baunutzungsverordnung und neuem Baurecht bedingt, daß parallel zu den Beratungen zum Baugesetzbuch die Baunutzungsverordnung dem Parlament vorliegen muß.
- Es besteht ein Zusammenhang zwischen bodenabhängigen Steuern und Baurechtsinstrumenten. Auch hier ließ die Regierung völlig offen, was nach der Gesetzesverabschiedung mit der Fortschreibung der Einheitsbewertung oder Reform des Systems der Bodenbesteuerung wird.

Inhaltlich wurde klar, daß

- die Umweltbelange nicht ausreichend berücksichtigt sind; zum Beispiel für sparsamen Umgang mit Grund und Boden und für Bodenschutzprogramme nützt der Entwurf wenig.
- Die Erleichterung für Bauen im Außenbereich wird einhellig von Experten abgelehnt.
- Die Erleichterung für Bauen im Innenbereich ohne Stadtplanung wird von den Experten kritisiert, da sie zur Einschränkung der Bürgerbeteiligung und weniger Beteiligung der Kommunalparlamentarier vor Ort führt.
- Der Verzicht auf die Plangenehmigungen durch die Regierungspräsidenten bringt nach einhelliger Meinung der Experten keine Beschleunigung. Er verkürzt nur die Bürgerrechte.

Die SPD bleibt bei ihrer Einschätzung, daß der vorgelegte Entwurf zum Baugesetzbuch als Stückwerk zu klassifizieren ist, das jetzt unter Zeitdruck beraten und verabschiedet werden soll.

Beratungsmethode und Umgang mit dem Parlament und seinen Ausschüssen, die Beratungsumstände für die Parlamentarier, zeigen deutlich Verfall demokratischer Gesetzgebungsarbeit auf.

Quantität statt Qualität in der Gesetzgebung wird ein weiteres Mal bewiesen.

(-/17.4.1986/rs/ks)

* * *

Was schert mich mein Geschwätz von gestern?

Staatssekretär Schulte und der öffentliche Personennahverkehr

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

„Die Bundesregierung ist mit ihrer Politik im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs ins Ziellicht geraten. Einerseits läßt sie trotz leerer öffentlicher Kassen keine Gelegenheit aus, die Priorität für den öffentlichen Personennahverkehr als einen wesentlichen Kern ihrer Verkehrspolitik zu reklamieren. Das Zurückbringen des Individualverkehrs zugunsten des öffentlichen Personennahverkehrs und die Renaissance der Schiene sind die von ihr mit Vorliebe benutzten Parolen. Andererseits - und das ist die Wirklichkeit des grauen Alltags - werden die Bemühungen der Bundesregierung immer deutlicher, sich um die finanziellen Konsequenzen einer derart propagierten Politik herumzudrücken.“

„Sie handelt nach dem Motto: Die schönsten Prioritäten sind die, für die andere bezahlen müssen.“

Diese Sätze, die die derzeitige Politik der Bundesregierung sehr charakterisieren hat dankenswerter Weise der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Dieter Schulte, vorformuliert. Allerdings im Herbst 1982, kurz bevor er selbst die Gelegenheit erhielt, es besser zu machen.

Schulte kritisierte auch die Aussage der damaligen Regierung: „Daneben ist es aber auch erforderlich, daß die Länder, Kreise und Gemeinden künftig mehr als bisher ihrer Verantwortung für den öffentlichen Personennahverkehr - sowohl in planerischer und organisatorischer als auch in finanzieller Hinsicht - gerecht werden.“ Da sich nichts geändert hat und über die Leitlinien zur Konsolidierung der Deutschen Bundesbahn der Bund erst richtig versucht, Lasten zu überwälzen, läßt sich mit Schulte feststellen: „Also auch hier wiederum der ganz konkrete und massive Versuch, trotz allen Geredes über die Priorität des öffentlichen Personennahverkehrs die finanziellen Konsequenzen abzuschieben.“

Und wiederum mit Schulte läßt sich feststellen: „Es ist sicherlich richtig, daß in Zukunft auch die unteren Gebietskörperschaften deutlich zu machen haben, welche organisatorischen und finanziellen Verantwortungen sie im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs übernehmen können. Aber zuallererst muß die Bundesregierung klipp und klar sagen, wie es um das finanzielle Engagement des Bundes in diesem Bereich in Zukunft bestellt sein wird. Darauf gibt es bisher keine Antwort.“

Nach vier Jahren, Herr Staatssekretär, ist eine Antwort überfällig. Die Bundesregierung hat in dieser Zeit nur eines geschafft: die Situation des öffentlichen Personennahverkehrs weiter schlechter werden zu lassen.

(-/17.4.1986/rs/ks)

* * *



DOKUMENTATION

Bayerisches SPD-Präsidium fordert Baustopp für WAA

Das Präsidium der bayerischen SPD hat auf seiner jüngsten Sitzung einen sofortigen Baustopp für die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf gefordert. Zur Begründung heißt es:

Der bisherige Verlauf der Diskussion um dieses Projekt hat nach Auffassung der Präsidiumsmitglieder erwiesen, daß die WAA

- politisch nicht durchsetzbar ist,
- den Frieden in den Gemeinden der Oberpfalz gefährdet,
- auf falschen Fakten und Fehlberechnungen, was die Umweltverträglichkeit betrifft, basiert.

Eine Denkpause durch Baustopp ist daher erforderlich. Die Beendigung der Bauarbeiten sollte zumindest bis zum Ende der Legislaturperiode des Bayerischen Landtags im Oktober 1986 verfügt werden, um dem neuen Parlament die Möglichkeit zu geben, erneut - und ohne Wahlkampfbeeinträchtigung - in eine Sachprüfung einzutreten.

Mit Befremden und Sorge hat das SPD-Präsidium die Ankündigung des CSU-Vorsitzenden und Ministerpräsidenten Strauß auf dem Frühlingsfest in München Fürstenried zur Kenntnis genommen, die Polizei werde in Wackersdorf noch schärfer vorgehen und „beim nächsten Mal vielleicht noch deutlicher werden“ (Zitat aus der „SZ“). Diese Äußerung beweist nach Auffassung des SPD-Präsidiums, daß die CSU-Staatsregierung bei ihrem Vorgehen gegen die WAA-Gegner nicht die Verhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes prüft, sondern sich von ihrem politischen Willen leiten läßt, den WAA-Widerstand zu kriminalisieren und die Gegner der WAA zu Gewalttätern zu stempeln.

Für grundsätzliches Verbot von CS-Einsatz

Das Präsidium der bayerischen SPD lehnt den Einsatz von CS-Gas bei Demonstrationen strikt ab. Die Staatsregierung und vor allem Innenminister Hillermeier werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß bei Polizeieinsätzen in Zukunft die Anordnung eines CS-Einsatzes in Bayern unterbleibt und daß dieses gesundheitsschädliche Reizgas geächtet wird.

Am Ostermontag bei der Großdemonstration gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf hat sich gezeigt, daß die sogenannte „harte bayerische Linie“ tausende von friedlichen Demonstranten in unnötige Gefahr bringt und daß auf diese Weise das Recht auf Demonstrationsfreiheit für jeden Bürger indirekt eingeschränkt wird. Einer klugen, politischen Führung stehen genügend Einsatzmittel zur Verfügung, um möglichen Ausschreitungen vorzubeugen oder sie abzuwehren. Im Falle Wackersdorf drängt sich dem Präsidium der Verdacht auf, daß die wenigen Störer ein willkommener Vorwand für die Staatsregierung waren, um gegenüber tausenden von Demonstranten - fern ab von jeder Verhältnismäßigkeit der Mittel - Staatsmacht in autoritärster Form zu demonstrieren.

(-/17.4.1986/va/rs)

* * *

